

Keine Demokratie ohne freie Presse – Europas Medien zwischen Zensur und Misstrauen

Vortrag von Rotger H. Kindermann, Vizepräsident der
„European Journalists Association – The Communication
Network“

Neujahrsempfang der CDU Kaarst, 28. Januar 2018

Anrede,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Nienhaus,
sehr geehrter Herr Minister Lienenkämper,
sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke
sehr geehrter Herr Stadtverbandsvorsitzender Christoph,
sehr geehrte Ehrenamtsträger in Politik und allen anderen
Bereichen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst wünsche ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr, ein Jahr, in dem möglichst viele Ihrer Wünsche in Erfüllung gehen und Sie viele Ihrer Ziele privat wie politisch erreichen. „2018 wird in Kaarst ein Jubeljahr“, so stand es kürzlich in Ihrer Tageszeitung zu lesen. Es gibt jede Menge zu feiern, ein rundes Stadtjubiläum oder Kunst- und Kulturevents. Zu Beginn eines Jahres schauen wir gerne zuversichtlich in die Zukunft, wir planen mit dem Vorsatz „das Beste daraus zu machen“. Mit einem positiven Ausblick kann ich Ihnen heute leider nicht dienen. Sie haben sich ein sperriges Thema ausgesucht, ein Thema, bei dem man Wasser in den Wein gießen muss. Es steht nicht gut um die Pressefreiheit in Europa - und in der Welt. Gleichwohl ist die Pressefreiheit eine fundamentale Voraussetzung für unsere Demokratie.

Ich beginne mit einem Blick ins Geschichtsbuch. Das erste dokumentierte Gesetz zur Abschaffung der Zensur stammt aus England im Jahr 1695. 1770 wurde die Pressefreiheit für kurze Zeit im Königreich Dänemark und Herzogtum Schleswig-Holstein eingeführt. Es folgten Jahrzehnte mit herben Rückschlägen und begrenzten Fortschritten. 1789 gelangte die Pressefreiheit in die Verfassung der Vereinigten Staaten. Im gleichen Jahr legte Frankreich den Grundstein dafür. In Deutschland gab es 1815 erste Ansätze, die aber im Zuge der Restauration wieder aufgehoben wurden. In der Revolution 1848 stand die Forderung nach einer freien Presse ganz oben. Erst im Reichspressegesetz von 1884 wird die Pressefreiheit einheitlich geregelt.

In demokratischen Gesellschaften sind Medien sowohl ein Wirtschaftsgut als auch ein Kulturgut. Die Pressefreiheit hat zwei Dimensionen: eine inhaltliche und eine wirtschaftlich-unternehmerische. Medienfreiheit wird meist durch Zensurbehörden eingeschränkt. Gefährdet ist sie aber auch, wo die institutionelle Unabhängigkeit und Selbständigkeit fehlt, wo die Distanz zwischen Politik und Wirtschaft nicht gewährleistet ist. Wir können also von einer direkten und einer indirekten Zensur sprechen.

Welchen Stellenwert hat die Pressefreiheit in Europa? Schauen wir dazu in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.^X (Im Oktober 2000 von einem Verfassungskonvent, Vorsitz: Roman Herzog, verabschiedet und 2009 mit dem Lissaboner Vertrag Rechtskraft erlangt.) Dort heißt es in Kapitel 2, Artikel 11, Abs. 2: „Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet“. Diese Wortwahl „geachtet“ empfinde ich an dieser Stelle als unangemessen. Vielleicht teilen Sie meine Auffassung: Die Formulierung ist unscharf bis lapidar, einfach nicht nachdrücklich genug! Journalisten neigen dazu, von Berufs wegen jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Das Verb „achten“ wirkt distanziert. Andere Rechte in dieser Europäischen Charta werden gewährleistet, sie werden von unabhängigen Stellen geschützt, man garantiert oder bekannt sich zu diesen Rechten, es

werden sogar ihre Grundlagen genau definiert. Außerdem wird die Freiheit der Medien nicht in der angemessenen Reihenfolge erwähnt. Diese Freiheit rangiert in der Charta erst nach dem Datenschutz, nach der Religionsfreiheit und anderen. Eine verkehrte Priorität. Das passt nicht! Versehen oder Absicht? Oder erkenne ich darin ein gewisses Misstrauen der Politik gegenüber den Medien, die zu viel Macht bekommen könnten, wenn man ihre Freiheitsrechte unmissverständlich artikuliert. Wir als Europäische Journalisten haben diese Formulierung („Achten“) mehrfach kritisiert – aber bislang ohne Erfolg.

Um die Standards der Pressefreiheit kümmern sich zahlreiche politische Institutionen und NGO-Organisationen. Ich nenne den Europarat, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die OSZE, das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (in Leipzig), die NGO „Freedom House“ oder „**Reporter ohne Grenzen**“, die einmal jährlich den weltweiten Zustand der Pressefreiheit in den Fokus zu rückt. **X**

Das Ergebnis aus 2016/17 aus 180 Ländern sehen Sie hier auf dieser **Weltkarte**. Die weiß gekennzeichneten Länder bieten weitgehend gute Arbeitsbedingungen für Journalisten. Aber 2017 haben nur 13 EU-Länder – von noch 28 - diese Top-Bewertung erhalten. Bei den gelb gekennzeichneten Staaten sind schon einige Verwerfungen festzustellen, das sind u.a. Frankreich, Großbritannien, Spanien. In den orange gefärbten Ländern befindet sich die Pressefreiheit in einem kritischen Zustand. Dies trifft auf nahezu den gesamten Süd-Ost-Europäischen Raum und sogar Italien zu. Bei Rot und Schwarz dominiert die Unfreiheit.

Ich beginne mit **Bulgarien**, nicht nur weil das Land im ersten Halbjahr 2018 den EU-Ratsvorsitz innehat, sondern weil es bei der Pressefreiheit unter allen EU-Mitgliedern das Schlusslicht ist, das einzige im roten Bereich. Das Land war 2006 auf Platz 36 der RoG-Liste und ist aktuell auf Platz 109 abgestürzt, ein tiefer Fall um 73 Punkte. Direkt danach kommen Paraguay auf Platz 110 und Mazedonien (noch kein EU-Mitglied! Aber Kandidat.) auf Platz 111. Hier wird die Misere sichtbar.

Einige wenige Unternehmer besitzen den Großteil der Medien und bestimmen die Redaktionslinie in enger Abstimmung mit der Politik. Über staatliche Zuschüsse – auch finanziert mit EU-Mitteln – erkaufte sich die Regierung eine loyale Berichterstattung. Als die deutsche WAZ-Gruppe 2010 ihre bulgarischen Beteiligungen (an die Media Group Bulgaria Holding) verkaufte, hatte dies besonders negative Folgen auf die bulgarische Medienlandschaft. Dieser Rückzug war mit Blick auf die politischen Folgen ein klarer Fehler. Bulgarische Journalisten stehen seitdem unter einem extremen Druck, sind meist freelancer, oder arbeiten miserabel bezahlt ganz ohne Verträge. Wer sich nicht an die politisch-inhaltlichen Vorgaben der neuen Herausgeber hält, kommt auf eine Schwarze Liste. Bereits Ende 2012 hat die Europäische Union mit Verlagen und Journalisten Gespräche geführt. Genützt hat es nichts, im Gegenteil: die Verhältnisse haben sich verschlimmert. Die Medien haben kaum eine Vorstellung, welche Aufgabe sie in einer demokratischen Gesellschaft wahrnehmen müssen.

Blicken wir auf den **Westbalkan**, wo die Situation kaum besser ist. Wir reden über **Kroatien**, seit 2013 EU-Mitglied, über **Serbien**, **X** ein EU-Beitrittskandidat, über Montenegro und die anderen nach dem Balkankrieg entstandenen Staaten. Kroatien ist auf der Rangliste der Pressefreiheit um elf Plätze auf Rang 74 gefallen. Hauptgrund ist die politische Intervention der Regierung bei der Besetzung führender Redakteursposten in den öffentlichen Medien.

In Serbien (Reifeprüfung nicht bestanden!) sehen wir deutlich, wie groß die Gefahr ist, dass die gesamte Balkanregion der Europäischen Union entgleitet. Diese junge, innenpolitisch labile und gesplante Republik gerät stark ins geopolitische Spannungsfeld zwischen Ost und West. Das politische Vakuum wird von Russland zur Destabilisierung genutzt, die regionale Schlüsselkraft Serbien laviert unentschlossen zwischen Moskau und Brüssel. Andere Player wie China und die Türkei versuchen in der Balkanregion wirtschaftlich und politisch Fuß zu fassen und den Einfluss der EU zurückzudrängen. In einem Klima, in dem immer noch Nationalismus und Völkerhass ein

großes Potential haben, kann eine freie, unabhängige Presse nicht gedeihen. Wo vor gerade 25 Jahren neue Nationalstaaten gegründet wurden, hat Europa einen schweren Stand. Die EU-Kommission bescheinigt in ihren Fortschrittsberichten dem Beitrittskandidaten Serbien seit Jahren eine mangelhafte Pressefreiheit. Rund 200 Nichtregierungsorganisationen und Redaktionen haben Ende September 2017 für die Medienfreiheit im Land protestiert. Sie schwärzten ihre Titelseiten oder Webseiten und schrieben: „Stoppt die Medienfinsternis.“ Einem politisch unliebsamen Wochenmagazin wurden Finanz-inspektoren ins Haus geschickt.

Welche Rolle spielt die Qualität der Pressefreiheit, bevor ein Land den begehrten Kandidatenstatus für die Europäische Union erhält, der ja bekanntlich mit erheblichen Finanzhilfen verbunden ist? (Türkei: 4 Mrd., 2014-20) Diese Frage ist mindestens so wichtig wie die Einhaltung der politischen Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte oder die Achtung des Minderheitenschutzes. Es geht um Kandidaten, die in eine „wertegebunden Europäische Union“ eintreten möchten, um nicht mehr und nicht weniger. Wieso wird einem Land wie Mazedonien, das in Sachen Pressefreiheit in den tiefroten Bereich abgerutscht ist, der Kandidatenstatus gewährt? Statt von dem geopolitisch unbedeutenden Mazedonien könnten wir auch von der Türkei reden. Die Pressefreiheit muss ein maßgebliches Kriterium für die Erlangung des Kandidatenstatus sein.

Schauen wir als nächstes nach **Frankreich**, denn dieses Land ist zusammen mit Deutschland das wichtigste EU-Mitglied. Auffällig ist hier Vermischung von wirtschaftlich-industriellen und publizistisch -medienpolitischen Interessen. Auf dem Medien-Schachbrett stehen einige einflussreiche und milliardenschwere Figuren, die – aus welchen Gründen auch immer – im Zeitungsmarkt, in Bezahlender oder bei Internetanbietern investieren. Da gibt es einmal die Lagardère-Gruppe (Arnaud L., 57, „Paris Match“, „Elle“), ein Unternehmen

das bis 2014 an dem Flugzeugbauer Airbus beteiligt war. Größter Aktionär ist Katar mit fast 13 Prozent. Offenbar hat die Herrscherfamilie Al Thani besonderes Interesse am Medienbusiness, sie finanziert auch den umstrittenen TV-Sender Al Jazeera. (370 Mio. Dollar, Franz. Gesetz, verhindert dass ein nicht-europäischer Investor mehr als 20 % erwirbt....) Nicht weniger einflussreich ist Serge Dassault. Dieser hoch betagte Herr gilt als der fünftreichste Mann Frankreichs. Soweit, so gut, aber er ist auch Medienzar. Weitere Berufsbezeichnungen lauten: „Rüstungsunternehmer“ und „Politiker“. Er hat das Sagen über ca. 70 Titel, darunter das konservative Flaggschiff „Le Figaro“, über zahlreiche Provinzblätter auch in Belgien. Anfang 2017 wurde er zu einer Geldstrafe von zwei Mio. Euro verurteilt – wegen Stimmenkauf und Geldwäsche. Solche Verflechtungen zwischen Politik und Medien führen dazu, dass Frankreich mit Platz 39 im ROG-Ranking relativ schlecht abschneidet. Hier versagt leider der Pariser Charme.

Und wie sieht es in **Italien** aus? Ich zitiere: „Giovanni Giolitti, italienischer Ministerpräsident von 1911 bis 1914, bezahlte regelmäßig mindestens 30 Journalisten dafür, dass sie positiv über seine Politik schrieben.“ Der Satz stammt aus dem Bestseller von Christopher Clark „Die Schlafwandler“, in dem er den Zustand Europas vor Ausbruch des ersten Weltkriegs analysiert. 100 Jahre später haben sich die Verhältnisse nur wenig geändert, wenn wir auf die Regierungszeit von Silvio Berlusconi zurückblicken. Gewiss, nach seinem Abgang hat sich die Lage ein wenig gebessert. Aber inzwischen ist sein persönlicher Assistent Urbano Cairo selbst zu einem der mächtigsten Medienmacher Italiens aufgestiegen. Vor allem ein Grundproblem bleibt und das heißt Mafia. Ich zitiere: „Heute werden unabhängige Journalisten weniger von der Politik sondern viel stärker von der organisierten Kriminalität bedroht“, sagt mein italienischer Kollege Dr. Paolo Magagnotti, zugleich Präsident der Europäischen Journalisten. Auf dieses Thema kommen wir später noch in einem kurzen Einspieler zurück.

Die sog. „**Berlusconisierung**“ hat in Italien tiefen Spuren hinterlassen und diese Abwärtsspirale kann man so beschreiben:

1. Stufe: Medien werden von der Politik unmittelbar oder mittelbar übernommen und instrumentalisiert.
2. Stufe: Der Medienkonsument wendet sich entweder irritiert ab, oder er lässt sich – je nach Bildungsgrad – manipulieren.
3. Stufe: Der beeinflusste Wähler gibt Populisten seine Stimme. Er wählt Cavaliere Bunga Bunga oder den Komiker Beppe Grillo mit seiner 5-Sterne-Bewegung.

Wir sollten uns nicht wundern, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn am 4. März bei den italienischen Parlamentswahlen Berlusconi und seine Koalition erneut die Mehrheit erringen. Die Chancen für sein Lager stehen nicht schlecht.

Wenden wir uns dem wichtigsten östlichen Nachbarn zu, **Polen**: Ich zitiere, was ich vor vier Jahren zur Pressefreiheit in Polen gesagt habe: „Im Ranking ist dieses Land von Platz 37 auf Platz 19 nach vorne gerückt. Die polnische Medienlandschaft zählt zu den Vielfältigsten im ganzen ehemaligen Ostblock. Der staatliche Einfluss auf die Presse ist vergleichsweise gering, das gilt insbesondere für den Zeitungsmarkt. Dieser ist fast vollständig privatisiert...“ Zitatende.

Diese Zeiten sind vorbei. Nach dem Regierungswechsel steht Polen auf Platz 54 in der Rangliste. Die national-konservative Regierung in Polen hat nach ihrem Amtsantritt Ende 2015 den öffentlichen Rundfunk unter ihre Kontrolle gebracht und rund 230 Journalisten entlassen, zur Kündigung gezwungen oder auf weniger einflussreiche Posten versetzt. Auch private Medien stehen seither unter Druck. Durch ein neues Gesetz will die Regierung den Anteil ausländischer Investoren auf dem Medienmarkt beschränken. Die Entscheidung der Europäischen Kommission, ein Strafverfahren gegen Polen nach Artikel 7 der EU-Verträge einzuleiten, ist völlig konsequent. Bedauerlich allerdings, dass das Strafverfahren explizit mit den Gefahren für die unabhängige Justiz begründet wird - und von Angriffen auf die Medienfreiheit keine Rede ist.

Polen ist ein warnendes Beispiel dafür, wie schnell und brutal demokratische Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt oder aus dem Weg geräumt werden. Hier zeigt sich auch, auf welcher subtilen Weise die Pressefreiheit eingeschränkt werden kann. Der nun folgende kurze Fernsehbeitrag (Medien-Magazin ZAPP des NDR, 28.8.2017) beginnt mit einem typischen Beispiel dazu - aus dem Bereich „indirekte Zensur“, auf den ich zu Beginn hingewiesen habe.

Film Ab!!!!!!

In diesem Filmbeitrag wurde auch **Ungarn** erwähnt. Wenn über das Thema „Pressefreiheit in der Europäischen Union“ gesprochen oder geschrieben wird, hat man den Eindruck, nur in Ungarn seien die Bedingungen geradezu katastrophal. So wird leider die öffentliche Wahrnehmung verzerrt. Ungarn steht tatsächlich nicht schlechter da als seine südlichen Nachbarn, was aber die gravierenden Mängel nicht rechtfertigt. Der kleine, dicke, oft autoritär auftretende Herr Orban ist eine bevorzugte Hassfigur für Kollegen aus dem politisch linken Spektrum, besonders nachdem ein der Opposition nahestehendes Traditionsblatt über Nacht geschlossen wurde. Vorausgegangen war der Verkauf an einen Orban-Vertrauten, der bereits zahlreiche Regionalzeitungen übernommen hat. Seit Jahren wird in Ungarn die Pressefreiheit durch Gesetze, politisch gesteuerte Aufkäufe, neue Steuern und andere Druckmittel untergraben. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde mit der staatlichen Nachrichtenagentur verschmolzen, was die politische Einseitigkeit verstärkt. Bei objektiver Betrachtung muss man dieses Land als „defekte Demokratie“ bezeichnen.

Ein letztes Beispiel, um den Trend zu verdeutlichen. **Tschechien** war 2006 in der Rangliste von Reporter ohne Grenzen auf Platz 5, ist aber 2017 auf Platz 23 abgerutscht. Der Grund dafür liegt in gewissen Umstrukturierungen, um es freundlich zu sagen. Zunächst eine Frage: Möchten Sie mal eine Bockwurst von Angela Merkel essen? Also, hergestellt in einem Fleisch-verarbeitungsbetrieb, der der Kanzlerin gehört.

Statt Bocklunder mal „Merkellander“! Das funktioniert nicht, glücklicherweise. Aber essen sie mal zum Frühstück eine Scheibe Weißbrot vom tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babis, das war möglich bis vor drei Tagen. Da musste er formell zurücktreten, aber er wird wiederkommen. Babis ist zugleich Chef eines Agro-Chemie-Konzerns und ihm gehört die Großbäckerei Lieken (seit 2013, mit Sitz in Dortmund). Und nicht nur die, sondern auch 200 andere Firmen in Europa. Und vor allem gehört ihm die MAFRA-Medien Holding, die er im Jahr 2013 von der Rheinisch-Bergischen Verlagsgesellschaft (Rheinische Post) übernommen hat. Der Verkauf mag für den RP-Verlag geschäftlich sinnvoll gewesen sein, die politischen Folgen sind jedoch ausgesprochen negativ. Inzwischen haben sich auch andere deutsche Verlage aus Tschechien zurückgezogen, wodurch die Unabhängigkeit der Medien beeinträchtigt wurde. Aus europapolitischer Sicht kein Ruhmesblatt!

Multimilliardär Andrej Babis hat sich vor sechs Jahren entschlossen, eine eigene Partei zu gründen, die ANO (Aktion Unzufriedener Bürger), die inzwischen zur stärksten Kraft aufgestiegen ist. Nach seinem Sieg bei den letzten Parlamentswahlen war er Mitte Dezember 2017 – trotz aller juristischen Vorwürfe – als Ministerpräsident nicht mehr zu verhindern. Babis besitzt die auflagenstärkste Tageszeitung, die Gratiszeitung Metro, Internetportale und Druckereien. Der Populist betont gerne, dass er sich nicht in die Berichterstattung einmische, doch in Prag ist es ein offenes Geheimnis, dass die Blätter die politischen Ziele Ihres Eigentümers unterstützen. (Hinweis Karl Arnold, NRW-MP, 50er)

Die Kontrolle der Medien steht bei Politikern vom Schlage eines Kaczynski, Orban oder Babis ganz oben auf der Liste. Heute sind es fast ausschließlich internationale Medienkonzerne, die die Fahne der Medienfreiheit in den osteuropäischen EU-Staaten hochhalten. Noch haben sich nicht alle aus dem Staub gemacht, es gibt noch Springer in Polen oder Bertelsmann in Ungarn, die trotz mancher Probleme ausharren. In Tschechien ist es Nova-TV, eine Tochter von Time Warner, die anerkannter

Marktführer im Privatfernsehen ist und in diesem Land ein Garant für unabhängige Berichterstattung. Und es gibt hier erstaunlicherweise eine lebendige Medienszene, u.a. durch eine Stiftung für unabhängigen Journalismus und durch erfolgreiche investigative Projekte. Wahr ist auch: Mit jedem Sieg eines Populisten wird die Medienfreiheit in Europa ein Stück kleiner. Nach der Nord-Süd-Spaltung der EU bei Finanzen und Haushalt, beobachten wir eine weitere Spaltung, eine Ost-West-Spaltung beim Werte- und Demokratieverständnis. Das ist nicht gut!

Ein kurzer Blick auf die Verhältnisse außerhalb der Europäischen Union mit Bemerkungen zu **Russland** und zur **Türkei**. Russland (148) ist seit vielen Jahren auf der RoG-Karte tiefrot eingefärbt. Das begann am Samstag den 7. Oktober 2006, als die Reporterin und Menschenrechtsaktivistin Anna Politkowskaja im Treppenhaus vor ihrer Wohnung ermordet wurde. Seitdem wissen wir, dass Putin gegen die freie Presse einen schmutzigen Krieg führt. Die **Türkei** (155) gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit. Nach dem Putschversuch im Juli 2016 wurden über 100 Journalisten verhaftet, 40 sitzen noch im Gefängnis, rund 150 Medien geschlossen und mehr als 700 Presseausweise annulliert. Kritische Journalisten stehen unter Generalverdacht. Die wenigen verbliebenen unabhängigen Medien arbeiten in ständiger Angst, Selbstzensur ist die Folge. Seit Inhaftierung des WELT-Korrespondenten Deniz Yücel wird bei uns über das aggressive Vorgehen gegen die Presse regelmäßig berichtet. Die Zustände in der Türkei und in Russland sind hinreichend bekannt.

Meine Damen und Herren, bei der Pressefreiheit besteht das Problem, dass wir keinen europaweiten Konsens darüber haben, welchen Kriterien sie unterliegt. Darauf hat die Luxemburger Europaabgeordnete und ehemalige EU-Justizkommissarin Viviane Reding eindringlich hingewiesen. Die Folge ist eine wachsende „Berlusconisierung“ der europäischen Medien-landschaft, wie ich sie beschrieben habe.

Die Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht, politischer Macht und Medienmacht untergräbt jedes demokratische System. Wir als European Journalists werden jetzt einen Verfassungsrechtler beauftragen, nach Lösungen zu suchen, wie eine konsequente Trennung dieser Machtbereiche in den EU-Verträgen verankert werden kann. Damit solche demokratie-hinderlichen Machtkonzentrationen unterbunden werden. Auch wettbewerbsrechtliche Regelungen könnten da hilfreich sein.

Es geht um Staatsferne und Parteiferne der Medien, die auch bei uns nicht immer beachtet wird. Zwei Beispiele: Die unter Johannes Rau gegründete Landesanstalt für Medien – sie beaufsichtigt die privaten Hörfunk und TV-Anstalten - hatte stets eine Spitze, die die faktische Abhängigkeit von der Politik sicherstellt. Seit März 2010 war die Direktorenstelle mit dem CDU-Mann Jürgen Brautmeier besetzt. Als Rot-Grün wieder regierte, war dieser vielen ein Dorn im Auge. Kurz vor seiner denkbaren Wiederwahl wurde auf Betreiben von Staatssekretär Marc Eumann das LFM-Gesetz geändert, der Direktor musste künftig Volljurist sein. Damit war der Historiker Brautmeier (2016) zu Fall gebracht. Staatsferne bleibt eine schöne Fiktion, wenn Personalentscheidungen parteipolitischen Interessen unterworfen werden, wie beim „Lex Brautmeier“ geschehen. Strippenzieher Eumann, Spitzname: „Klüngelmännchen für Medienaufsicht“, möchte jetzt die Medienanstalt bei seiner Parteigenossin Malu Dreyer leiten. Über seine Berufung wird noch juristisch gestritten.

Dieses Unbehagen betrifft auch die umstrittenen Zeitungsbeiträge der SPD, ein anderes Beispiel. Über eine parteieigene Medienholding (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft) reichen die Medienanteile der Sozialdemokraten von Nord bis Süd, von der „Niederelbe Zeitung“ (32,5%) über die „Neue Westfälische“ (57,5%) bis zur bayerischen „Frankenpost“ mit 35 Prozent. Ankerpunkt ist ein 23-Prozentanteil am niedersächsischen Madsack-Verlag, zu dem 18 Tageszeitungen und 30 Anzeigenblätter gehören. Da

die SPD mit den Verlegern in einem Boot sitzt, wird dieses Thema unter den Tisch gekehrt. Wir kennen ja den Grundsatz: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“ Ich vermisse hier die Debatte!

Zensur und staatliche Willkür sind das eine, was die Glaubwürdigkeit der Medien beschädigt und sie in ihrer Funktion beraubt. Aber es gibt auch andere Faktoren, die zum wachsenden Misstrauen beitragen. Schauen wir die Lage in **Deutschland** (Platz 16, wie Vorjahr) näher an. Das Bild ist allerdings unvollständig, da ich mich auf ein paar wichtige Aspekte konzentriere.

Einige Zahlen aus dem Printbereich: Gelegentlich ist vom „Zeitungssterben“ die Rede. Dieser Begriff hört sich recht dramatisch an. Die Tageszeitungen hatten im Jahr 2003 eine verkaufte Auflage von 22,5 Millionen. 2017 waren es ca. 15 Millionen, hinzukommen noch fünf Millionen Wochen- und Sonntagzeitungen. Allerdings: Sollte der Trend so weiter laufen, wäre in 35 - 40 Jahren tatsächlich Shutdown. Daran glaube ich eher nicht.

Deutschland ist immer noch der größte Zeitungsmarkt in Europa und der fünftgrößte der Welt. Täglich erscheinen 330 Zeitungstitel, aber Konzentration und Kostendruck wachsen. Ein Prozess, der dazu führt, dass immer mehr Einheitsredaktionen gegründet werden, der Trend zu sogenannten „Newsrooms“ - mit weniger Personal - ist unverkennbar. 80 Prozent der Leser interessieren sich besonders für lokale Nachrichten. Ich glaube, dass die Bedeutung des Regionalteils bisweilen unterschätzt wird. In den benachbarten Niederlanden gibt es interessante Konzepte, die zeigen, dass Lokaljournalismus auch online gut funktionieren kann. Sog. Bürgerjournalisten sind der Trend. Die ausführliche Präsentation weltpolitischer und nationaler Themen überlässt man TV und anderen. Eine interessante Arbeitsteilung und vielleicht ein Modell mit Zukunft.

Im europäischen Vergleich gelten die Deutschen als gut informiert, nur wie ist die Frage. Print schrumpft stetig, aber Online-Nachrichten sind vor allem bei jungen Menschen populär. Über 50 Prozent der Deutschen nutzen zumindest gelegentlich solche Angebote, für die es unterschiedlichste Bezahlmodelle gibt. EU-weit sind es 40 Prozent. Die E-Paper-Auflagen der Tageszeitungen liegen aktuell bei 1,2 Mio. Abos, da ist noch Luft nach oben. Der Medienkonsum ändert sich - Fast-food ist in. Das bedeutet auch: Inhaltliche Substanz geht verloren. Es fehlt die bewusst gewählte Konzentration auf einen gedruckten Text, auf tiefeschürfende Recherche, ausführliche Erläuterung, hintergründige Analyse und sprachliche Brillanz. Bedauerlich!

Noch ein paar Bemerkungen zu inhaltlichen Fragen.

Erstens: Ich habe heute oft den Begriff „Freiheit“ erwähnt – und gerade bei der Presse müssen wir den Begriff „Freiheit“ mit dem Begriff „Verantwortung“ verbinden. Ob sich alle Medienmenschen dieser Verantwortung immer bewusst sind, muss manchmal bezweifelt werden. Von „Fairness“ will ich in diesem Zusammenhang gar nicht sprechen. Da hat manch einer geglaubt, er könne mit Skandalisierung sein Publikum begeistern und die gesunkene Auflage wieder aus dem Keller holen. Mit Qualitätsjournalismus hat das wenig zu tun. Der Aufmarsch zur medialen Hinrichtung eines Bundespräsidenten bleibt unvergessen, er hatte gravierende Folgen. Wir erleben das leider immer wieder. Wenn das Kett-Car eines Präsidentensohnes oder die Badewanne eines Bischofs unsere Medienwirklichkeit derartig dominieren, dann ist etwas aus dem Lot geraten. Der Leser ist nicht so sensationsgierig und er hat eine gesunde Skepsis gegen Meinungsmonopole und politischen Mainstream.

Zweitens, merkt der Leser, wenn ein Journalist seine Rolle als Sachwalter echter Bürgerinteressen vernachlässigt, wenn er kein Gespür für echte, drängende Themen hat. Nach dem Ende der Sondierungsgespräche zur Großen Koalition befassten sich die TV-Talkrunden vorwiegend mit dem Seelenleben der SPD. Welchen Nutzen oder Nachteil unsere Bürger von den

vereinbarten Absichten haben, kam nur am Rande zur Sprache. Auch nicht die Frage, wieso die Stimme eines SPD-Mitgliedes mehr Gewicht bei der Regierungsbildung haben soll als die eines gewählten Mitglieds des Bundestages. Die Zahl der schriftlichen Beschwerden über das Fernsehprogramm hat deutlich zugenommen.... Ja, sogar Politiker üben jetzt Kritik: Z. B. an der Dominanz von AfD-Auftritten in Talkshows vor der Bundestagswahl. Prinzip: „Hauptsache Zoff in der Bude!“

Drittens: Journalisten und Politiker brauchen eine gemeinsame Fähigkeit. Sie müssen – trivial gesagt – dem Volk aufs Maul schauen (Luther). Da hapert es. Nach dem unbefriedigenden Ergebnis der Bundestagswahl sagten die betroffenen Parteien (anwesende ausgeschlossen), jetzt müsse erst recht die AfD bekämpft werden. Statt die Probleme aus dem Weg zu räumen, die den Aufstieg der AfD verursacht haben. Medienmacher neigen im Zeichen gestiegener Nachrichtenflut dazu, nur die politische Ebene, bzw. Lobbypositionen abzubilden. (Minister-Statements/Bürgerversicherung, etc.) Der betroffene Bürger selber wird als Nachrichtenquelle zu selten genutzt. Die Funktion als Seismograph für gesellschaftlichen Wandel wird so geschwächt. (Siehe falsche Prognosen vor USA-Wahlen)

Viertens: Es gibt vielfältige Gründe für Misstrauen gegenüber den Medien, nicht nur wegen Dauerhypes und Mainstream. Ja, es gibt Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht und es wird auch vergessen, dass die ganze Wahrheit nichts weglassen darf. Aber das sind Ausnahmen, nicht die Regel. Irreführend ist auch die mangelnde Trennung von Nachricht und Meinung, heute als Formalismus belächelt (Tagesschau vor 25 Jahren). Ein anderer Vorwurf ist mangelnde Transparenz. Wie glaubwürdig ist diese Nachricht? Fake News oder Fakten, die Grenzen verwischen sich. Wir erinnern uns an den US-Wahlkampf mit all den widerlichen Schmutzkampagnen und einem Medienkrieg. Ein US-Präsident, der in der Presse einen Feind sieht, ist bedrohlich. Noch nie gab es einen Präsidenten, der willkürlich Unwahrheiten wiederholt, und von Fake News spricht, sobald die Medien widersprechen. Dieses Prinzip, eine Gesellschaft zu spalten, darf keine Schule machen. Der Affront Trump ist gar nicht lustig, er bedeutet Alarmstufe „Rot“.

Fünfte und letzte Anmerkung: Das Misstrauen gegenüber den Medien ist gewachsen und es gipfelt in einer Pauschalkritik mit dem Begriff „Lügenpresse“. Die Produkte in Wort und Bild stehen stärker unter kritischer Beobachtung – u.a. wegen der direkten Interaktion in sog. sozialen Netzwerken. Wenn aber der Chor „Lügenpresse“ brüllt, dann ist dies eine gezielte Provokation und maßlose Übertreibung. „Lügenpresse“ erinnert an „Judenpresse“, oder „Springer-Presse“, Schlagworte, mit denen übel gehetzt wurde. Was wirklich „Lügenpresse“ bedeutet, „das wissen Menschen, die den Alltag in der DDR erlebt haben“, wie der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck bemerkte. Die allgemeine Erregung macht eines deutlich: Wir brauchen ein Gespräch darüber, welche ethisch-moralischen Standards in der neuen Medienwelt gelten sollen. Begonnen damit haben wir, es muss intensiver geführt werden.

Zugleich benötigen wir eine europäische Öffentlichkeit, die leider nur langsam entsteht. Eher handelt es sich um eine „Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten“, der nationale Standpunkt überwiegt zu sehr in der Berichterstattung. Im Internet wächst dagegen eine transnationale europäische Öffentlichkeit, damit wird die Kontrolle von Qualitätsmedien (Wahrheitsgehalt, Vollständigkeit, Wertegebundenheit, etc.) übersprungen und ihre Funktion in Frage gestellt. Hier muss nachdrücklich auf die Gefahren einer vorwiegend Internet-basierten Kommunikation hingewiesen werden. Wir dürfen die Beurteilung der komplexen Zusammenhänge europäischer Politik nicht den Agitatoren und Populisten im Netz überlassen. (Kein weiterer Personalabbau in den Brüsseler Korrespondentenbüros!) Ohne seine Medienkultur und Medienvielfalt würde Europa an einer empfindlichen Stelle destabilisiert. Wir müssen beides erhalten.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, ich konnte Ihnen ein wenig die Probleme und Zusammenhänge aufzeigen, ohne dabei Katastrophenstimmung zu verbreiten. Aber bleiben Sie wachsam! Demokratie braucht „sachkundige Bürger“, dazu ist

auch eine gute Zeitung hilfreich! Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.